

  
**Pizzeria La Stazione**  
www.pizzeria-lastazione.ch  
Pizzeria La Stazione, Stationsstrasse 5  
6252 Dagmersellen  
Telefon 062 756 16 06, Fax 062 756 40 78  
Traditionelle italienische Küche – Holzofen-Pizza  
**Öffnungszeiten Pizzeria**  
7 Tage offen 10 bis 14 Uhr und 17 bis 0.30 Uhr  
Sonntag durchgehend bis 0.30 Uhr  
**Öffnungszeiten Bar**  
Sonntag bis Donnerstag, 17 bis 0.30 Uhr  
Freitag und Samstag, 17 bis 2.30 Uhr

# Willisauer Bote

## KANTON Umstrittene Strafgebühr wird nicht aufgehoben

Die Gebühr von 1.50 Franken für Papierrechnungen beim Strassenverkehrsamt wird nicht aufgehoben. Der Kantonsrat lehnte ein CVP-Postulat ab. **SEITE 5**

## HINTERLAND Die Vorfreude auf die närrischen Tage

Roland Stocker ist seit jeher ein begeisterter Fasnächtler. Sein Amt als Meister der Karnöffelzunft bezeichnet er als «Höhepunkt» seiner Fasnachtskarriere. **SEITE 7**

## WIGGERTAL In Pfaffnau steht eine Ortsplan-Teilrevision an

Die Luzerner Psychiatrie will das Wohnheim Sonnegarte an einem Standort zusammenführen. Gefragt sind dabei auch die Stimmberechtigten. **SEITE 14**

## SPORT Willisauer Tischtennisspieler steigen auf

Thomas Godel, Severin Affolter und Fabian Lichtin haben den Aufstieg geschafft: Die erste Mannschaft des TTC Willisau kehrt in die 2. Liga zurück. **SEITE 18**

willisauerbote.ch - Ihr Link zu ergänzenden Inhalten wie Videos, Fotoalben, Dossiers oder Blogs.

# Frauenpower bringt Narren in Fahrt

**REIDEN** Sechs Frauen haben das Zepter übernommen und den närrischen Tagen einen neuen Stempel aufgedrückt. Das Dorf zieht mit.

Kompakter ist sie geworden, die Reider Fasnacht: Vom SchmuDo bis am Freitagabend herrscht buntes Treiben non-stop. «Wer sich vor Augenringen fürchtet, bestellt am besten direkt bei uns eine cremige Profilaxe», sagt Rita Stanger. Zusammen mit ihren Vorstandskolleginnen Tamara Muino, Helen Schaub, Tanja Kumschick, Corina Marfurt und Franziska Duss hat sie das Zepter der Reider Fasnachtsgesellschaft übernommen. Die «Weiberherrschaft» hat einiges auf den Kopf gestellt. Insbesondere findet der traditionelle Umzug neu am Fasnachtsfreitag statt. Dies scheint geschätzt zu werden. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich die Zahl der angemeldeten Gruppen verdoppelt. Diese können dank zahlreichen Helfern im Anschluss an den Korso im Fasnachtsdörfli neue Energie tanken. «Generell dürfen wir auf sehr viel Wohlwollen aus der Bevölkerung zählen», sagt Rita Stanger. Die einen steuerten mit barer Münze etwas zur Fasnacht bei, die andern pack(t)en wortwörtlich mit an. «Wir waren und sind nicht die Einzigen, denen der Weiterbestand der Reider Fasnacht am Herzen liegt», sagte die 52-jährige Rita Stanger, die sich in Bezug auf die fünfte Jahreszeit mit einem «Dampfkochtopf» vergleicht. **SEITE 13**



Sechs Frauen wollen der Reider Fasnacht ein Krönchen aufsetzen (v.l.): Corina Marfurt, Tanja Kumschick, Helen Schaub, Rita Stanger, Franziska Duss und Tamara Muino. Foto Stefan Bossart

## LEITARTIKEL

von  
**Norbert Bossart**



«Für eine sichere Gesundheitsversorgung» und «Für eine hohe Bildungsqualität» sind im Kanton Luzern alle Parteien. Zu diesem Schluss kommt, weil den Voten der Fraktionssprecher Glauben schenkt, die im Kantonsparlament bei der Behandlung der

## Wahltag ist Zahhtag

zwei gleichlautenden Volksbegehren zu hören waren. Keine Spur von Einigkeit herrscht hingegen bei der Frage, wie diese Bildungsqualität und Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Zwischen der bürgerlichen Ratsmehrheit und der Linken kluft ein riesiger Graben. Die Bürgerlichen sagen: Die zwei Initiativen sind unnötig, weil die Forderungen zum grossen Teil erfüllt sind und der Rest finanziell nicht machbar ist. Die Linke entgegnet: Beide Volksbegehren sind wichtig, weil sie bedrohliche Entwicklungen aufgreifen, Gegensteuer geben und weitere Sparübungen zu Ungunsten des Service public verhindern. Doch wer hat recht?

Zwangferien für Schüler, höhere Schulkosten, die Eltern berappen müssen, und grössere Unterrichtspensen für Lehrkräfte: Solche bürgerliche Sparrezepte dürfen nicht Schule machen, sollen Bildungsqualität und Chancengleichheit hochgehalten werden. Und zweifellos wichtig ist die demokratische Mitsprache, wenn es um die flächendeckende Spitalversorgung geht. Doch die zwei Volksinitiativen bringen uns nicht weiter, weil sie schwammig formuliert sind. Ein Beispiel: «Kanton und Gemeinden stellen genügend Mittel zur Verfügung, um die Qualität der Bildung nachhaltig zu garantieren.» Wie soll sich dieser Initiativtext konkret umsetzen lassen? Und nicht zweckmässig sind Forderungen wie etwa die zwanghafte kommunale Verankerung der Volksschule oder die Einführung eines Fachpersonalschlüssels an Spitälern. Hier müssen die Schülerzahlen oder der Personalbedarf vor Ort entscheidend sein.

Über Notwendigkeit und Nutzen der zwei Initiativen kann man geteilter Meinung sein. Aber zumindest erste Themen für den Wahlkampf haben sie gesetzt. Noch bleibt uns ein Jahr Zeit, um die Parteien samt ihren Vertreterinnen und Vertretern nicht an ihren Worten, sondern an ihren konkreten politischen Entscheiden zu messen. Im März 2019 kann jede(r) jene Köpfe wählen, die für Qualität im Bildungs- und Gesundheitswesen bürgen. Wahltag ist dann Zahntag.

## Nächstes Kapitel im Abstiegskampf

**HANDBALL** Mit zwei Siegen gegen Wacker Thun II und Pratteln sind die Handballer des TV Dagmersellen ideal zur 1.-Liga-Abstiegsrunde gestartet. Morgen Samstag in Lyss soll der dritte Streich folgen: Mit dem Punkte-maximum in die anschließende Fasnachtspause zu gehen, ist das grosse Ziel der Wiggertaler.

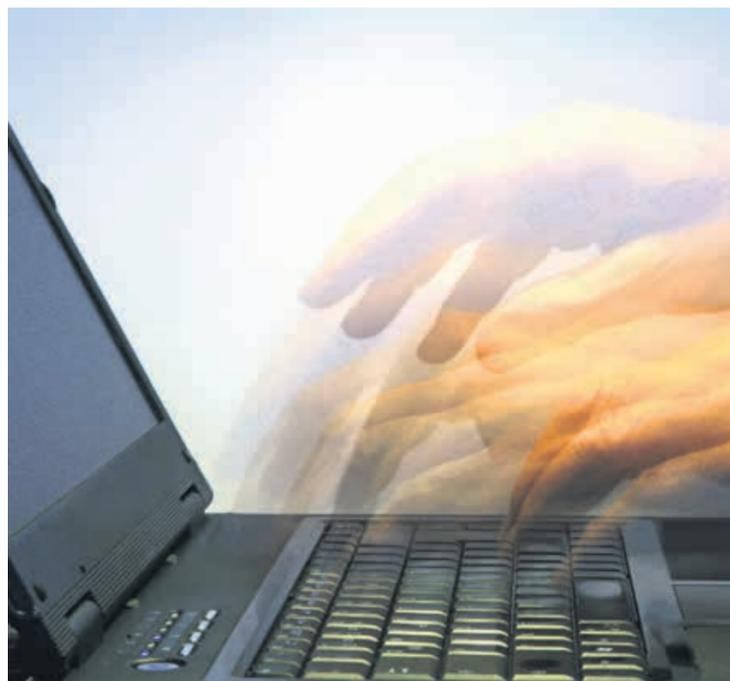
Deutlich angespannter präsentiert sich die Situation für das Damen-Fanionteam des STV Willisau. Die Willisauerinnen holten aus ihren ersten beiden Partien der 1.-Liga-Abstiegsrunde lediglich einen Punkt. Im Heimspiel gegen das noch punktlose Team aus Einsiedeln soll es mit dem ersten Sieg im neuen Jahr klappen. Beim morgigen Gegner ragt eine Akteure aus dem Kollektiv heraus: Einsiedelns Jacqueline Hasler-Petrig hat in dieser Saison schon mehr als 160 Tore erzielt. **SEITE 17**

## Kampf gegen «digitalen Graben»

**KANTONSRAT** Eine überparteiliche Gruppe von Kantonsräten verlangt in einem Postulat «Breitband für alle».

Der Regierungsrat soll eine adäquate Strategie erarbeiten, die überall im Kanton Luzern eine Breitbandleistung von mindestens 10 Mbit/s garantiert. «Davon profitiert nicht nur die Bevölkerung, schnelleres Internet ermöglicht auch eine innovative und dezentrale wirtschaftliche Entwicklung», sagt Kantonsrat Guido Roos (CVP, Wolhusen). Neben ihm gehören Guido Bucher (FDP, Flühli), Willi Knecht (SVP, Menznau) und Jörg Meyer (SP, Adligenswil) zur Kerngruppe. Das Postulat wurde gemäss Medienmitteilung von zahlreichen Ratsmitgliedern aus allen Parteien unterzeichnet.

Heute bestehe ein «digitaler Graben» innerhalb des Kantons Luzern. Es existiere ein beträchtliches Risiko, dass die Ungleichheiten bei der Internet-Nutzung noch weiter zunehmen, befürchten die Postulanten. **SEITE 5**



Immer schneller: Die Digitalisierung schreitet voran. Foto pixelio.de



# Aschermittwoch schon vor der Fasnacht

**STRASSENVERKEHRSAMT** Die umstrittene Gebühr von 1.50 Franken für Papierrechnungen wird nicht aufgehoben. Der Kantonsrat lehnte eine entsprechende Forderung der CVP ab.

von **Stefan Calivers**

Die Luzerner Regierung erntete viel Kritik für ihren Entscheid, Papierrechnungen vom Strassenverkehrsamt neu mit einem Zuschlag von 1.50 Franken zu belegen. Damit sollen Kosten gespart werden. Bemängelt wurde insbesondere die kurze Frist. Motorfahrzeughalter hatten zehn Tage Zeit – davon einige Feiertage – um eine kostenlose elektronische Rechnung zu verlangen. Die Massnahme sei ein «unausgereifter Schnellschuss» und werde als Strafe wahrgenommen. Sie gehöre rückgängig gemacht, forderte Ludwig Peyer (CVP, Willisau) in einem dringlich erklärten Postulat. Er bemängelte neben der schlechten Kommunikation auch die Einführung «einer Unsitte aus der Privatwirtschaft», für alle Dienstleistungen Gebühren zu erheben. Wenn schon müsse eine solche Massnahme einheitlich gehandhabt werden und nicht in Einzelfällen.

## «Asche auf mein Haupt»

Einigkeit herrschte bei allen Fraktionen in einem Punkt: Die Kommunikation des regierungsrätlichen Entscheids war «lausig schlecht», wie es Hans Sutz (Grüne, Luzern) ausdrückte. Regierungsrat Paul Winiker streute deshalb schon zwei Wochen vor dem Aschermittwoch «Asche auf mein Haupt». Er

entschuldigte sich bei allen Kundinnen und Kunden des Strassenverkehrsamtes für die missglückte Kommunikation.

In der Sache hielt die Regierung aber an ihrem Beschluss fest. Es handle sich um einen Pilotversuch, der von den politischen Gremien mehrfach absegnet worden sei. Die Gebühr von 1.50 Franken sei vertretbar: Eine Papierrechnung koste 1.90 Franken, eine E-Rechnung nur 35 Rappen. Es handle sich, so Winiker, um eine Lenkungsgebühr. Damit sollen Arbeitszeiten bei der Administration eingespart werden.

## Kritik und Selbstkritik

Die CVP musste für ihren Vorstoss viel Kritik einstecken. Die Erhebung von unsozialen Gebühren statt Steuern sei die Folge der aktuellen Finanzpolitik, sagte Hans Stutz (Grüne, Luzern). Der Vorstoss sei «nicht ganz ehrlich», so Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Das Parlament könne am Regierungsbeschluss gar nichts ändern. Und Michèle Graber (GLP, Udligenswil) ortete das CVP-Postulat im Bereich des «verzweifelten Aufplusterns oder des Wahlkampfes».

Mehrere Votanten übten auch Selbstkritik: «Wir haben es gewusst, aber die Debatte nicht geführt», sagte Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Auch Othmar Amrein (FDP, Eschenbach) räumte ein, dass der Kantonsrat verschiedentlich über die geplante Gebührenerhebung informiert worden sei und diesem Schritt im Rahmen des Budgets zugestimmt hatte.

Mit 67:48 Stimmen lehnte die Ratsmehrheit das Postulat Peyer denn auch ab.



Mit einer Lenkungsgebühr will der Regierungsrat erwirken, dass die Kunden die Rechnungen des Strassenverkehrsamtes auf elektronischem Weg begleichen. Foto pixelio.de

## Breitband für alle statt digitaler Stadt-Land-Graben

**DIGITALISIERUNG** Eine überparteiliche Gruppe von Kantonsräten um Guido Roos (CVP, Wolhusen) verlangt «Breitband für alle». So soll der Regierungsrat eine adäquate Breitbandstrategie erarbeiten, die überall im Kanton Luzern eine Breitbandleistung von mindestens 10 Mbit/s garantiert.

Eine gute Versorgung mit Bandbreite sei für die Wirtschafts- und Standortförderung in allen Gebieten des Kantons unabdingbar, schreibt Guido Roos in seinem Postulat. Unterstützt wird er in der Kerngruppe von Guido Bucher (FDP, Flühli), Willi Knecht (SVP, Menznau) und Jörg Meyer (SP, Adligenswil).

Die Digitalisierung eröffne für eine innovative, dezentrale wirtschaftliche

Entwicklung des Kantons grosse Chancen, sind die Kantonsräte überzeugt. In dicht besiedelten Gebieten seien heute Geschwindigkeiten von 100 Mbit/s quasi Standard. Es gebe jedoch eine beträchtliche Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern, welche über eine Versorgung von weniger als 10 Mbit/s verfügen. Schätzungsweise mehrere Tausend Personen im Kanton Luzern erhalten gemäss Postulatstext sogar nicht einmal die gesetzlich garantierte Mindestversorgung von 3 Mbit/s.

## Voraussetzungen für den ländlichen Raum verbessern

«Gerade in weniger dicht besiedelten Regionen funktionieren meist wichtige digitale Anwendungen wegen der fehlenden Bandbreite nur schlecht oder gar nicht», schreibt Kantonsrat Guido Roos klar und betont: «Diese Schlechterstellung des ländlichen



Die Postulanten Guido Roos, Willi Knecht, Guido Bucher und Jörg Meyer (von links) bei der Eingabe ihres Vorstosses. Foto zvg

Raums muss schnellstmöglich korrigiert werden.» Heute bestehe ein «digitaler Graben» innerhalb des Kantons Luzern. Es existiere ein beträchtliches Risiko, dass die Ungleichheiten bei der Internet-Nutzung noch weiter zunehmen würden.

Die Postulanten verweisen auf die Aussage des Regierungsrats in der Kantonsstrategie, wo der Leitsatz «Luzern ist ein Innovationsmotor» verankert ist. Sie sind überzeugt, dass dazu zwingend auch eine Breitbandstrategie erforderlich ist.

«Das Anliegen stiess bei sehr vielen Kantonsrätinnen und Kantonsräten auf offene Ohren», zeigt sich Guido Roos sehr erfreut. Das überparteilich eingereichte Postulat wurde von mehr als der Hälfte aller Ratsmitglieder unterzeichnet. Für Roos ist «diese Einigkeit in diesem wichtigen Zukunftsthema ein starkes und sehr wichtiges Signal.» pd/wb

## Regierungsrat lehnt die Wohnbauinitiative ab

**ABSTIMMUNG** Der Regierungsrat ist gegen die Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle». Weil der Kanton kaum eigenes Wohnbauland besitze, immer mehr Leerwohnungen auf dem Markt seien und die Wohnbaugenossenschaften derzeit kaum Finanzierungsprobleme kennen würden, erachte er die Anliegen der Initiative als nicht zielführend.

Die Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» der SP verlangt eine stärkere staatliche Förderung von günstigem Wohnraum. Kantonale Liegenschaften sollen an Gemeinden oder gemeinnützige Bauträger verkauft und den Ge-

meinden soll ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Wie der Regierungsrat in seinem Bericht zur Initiative festhält, verfüge der Kanton im Gegensatz zu den Gemeinden aber nur über einzelne eigene Wohnungen und nur über einen verschwindend kleinen Anteil an Bauland. Deshalb hätte laut Regierung ein Vorkaufsrecht für Gemeinden oder die direkte Veräusserung von Liegenschaften an gemeinnützige Bauträger keinen merklichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt.

## Leerwohnungsbestand nimmt zu

Statistiken zum Wohnungsmarkt im Kanton Luzern belegen laut Regierungsrat, dass das Angebot in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sei als die Nachfrage. Die Leerwohnungsziffer (Stand 2017 der Miet- und Eigentumswohnungen) beläuft sich auf

1.15 Prozent, was 2178 leer stehenden Wohnungen entspricht. Dieser Wert war seit elf Jahren nicht mehr so hoch. Die weiterhin rege Bautätigkeit werde voraussichtlich den Trend sinkender Mieten in den kommenden Jahren noch verstärken, vorab im Bereich der Neubauwohnungen.

Bereits heute, so der Regierungsrat weiter, bestehe die Möglichkeit, gemeinnützige Wohnbauträger zu unterstützen. Insbesondere Gemeinden nützten die geltenden Gestaltungs- und Förderungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Dabei räume das kantonale Planungs- und Baugesetz den Gemeinden entsprechende Kompetenzen bei der Wohnbauförderung ein. Weitere gesetzliche Bestimmungen brauche es nach Überzeugung der Regierung nicht. Der Regierungsrat vertrete diese Einschätzung auch deshalb, weil die Nachfrage

nach Förderbeiträgen in den vergangenen Jahren laufend gesunken sei.

## Auf Genossenschaften setzen

Die Hauptforderung der Initianten besteht darin, die bestehenden Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und des Erwerbs von Wohnungs- und Hauseigentum dahingehend zu ergänzen, dass kantonale Liegenschaften an Gemeinden oder gemeinnützige Bauträger zu tragbaren Bedingungen veräussert oder im Baurecht abgegeben werden. Den Gemeinden soll zudem ein Vorkaufsrecht für kantonale Grundstücke gewährt werden. Der gemeinnützige Wohnungsbau, mit dem auf nicht gewinnorientierter Basis Wohnraum geschaffen wird, ist laut Regierungsrat im Kanton Luzern stark verbreitet. Der Regierungsrat zeigt sich deshalb überzeugt, dass es für die Förderung

des gemeinnützigen Wohnungsbaus keine ergänzenden oder neuen gesetzlichen Grundlagen im Sinne der Initiative braucht. Er wolle auch in Zukunft auf die bewährte Luzerner Genossenschaftstradition setzen.

## «Hohe finanzielle Belastung»

Weiter argumentiert der Regierungsrat, in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen des Kantons Luzern stelle die Äufnung eines Fonds über jährliche Einlagen eine hohe finanzielle Belastung dar. In der seit längerer Zeit anhaltenden Tiefzinspolitik hätten gemeinnützige Wohnbauträger bereits heute verschiedene Möglichkeiten, zu sehr günstigen Bedingungen Geld am Kapitalmarkt aufzunehmen. Sie seien nicht auf staatliche Massnahmen angewiesen, wie es in der Initiative gefordert werde. pd/wb